

7059. 2.

Die Gefahren

für die

Rigasche Einwohnerschaft,

welche die Annahme der vorgeschlagenen Grundzüge
zur Reorganisation der Rigaschen Gemeinde-Verfassung
haben würden, mit Angabe, wie solche
beseitigt werden können

von

G. C. Pöenigkau.

— ♦ ♦ ♦ —
1334

Riga, 1864.

ESTICA

A. 3044.

7039

Die Geschichte

der

Rechtsprechung

Von der Censur erlaubt. Riga, den 23. December 1864.

ESTICA

A. 3044.

Et

THO Raamazukog

4688

Jetzt da wir mit den Berathungen über eine neue Gemeinde-Verfassung beschäftigt sind, welche einen entscheidenden Einfluß auf unser und unser Nachkommen Wohl und Wehe haben soll und wird, erscheint es wohl gerechtfertigt einen Rückblick auf das Bestehende mit der Frage zu werfen, welche Vortheile und Nutzen dasselbe dem allgemeinen Wohl gebracht habe? oder ob die jetzt abzulegende Verfassung den Fortschritten und dem Wohle der Einwohnerschaft hinderlich gewesen sei?

und
dieser gegenüber die neuen Grundzüge zur Reorganisation, zu erörtern, ob durch das Neue Verbesserungen stattfinden?

oder
das Alte Herkömmliche unter andern Formen und Namen forterhalten werde?

Es handelt sich also bei Besprechung dieser Gemeinde-Verfassung nicht um schöne Redensarten, sondern einfach um die wichtigsten und heiligsten Interessen der Bevölkerung, die also auch in einer Sprache verhandelt werden müssen, welche dem Volke verständlich ist, von Niemandem doppelsinnig gedeutet werden kann, und Keinem vorenthalten, wohl aber Jedem zugänglich gemacht werden müsse, damit Jeder seine Rechte und Interessen angeben, vertheidigen, und in Einklang mit dem Gesammtwohl bringen kann — auch damit die gefaßten Beschlüsse für Alle bindend seien.

Welches sind nun die wichtigsten Interessen der Bevölkerung, die von der Gemeinde-Verfassung gesichert werden können und müssen?

- 1) möglichst billige Lebens-Existenz;
- 2) möglichst kleine Communal-Besteuerung.

Dieses sind die Wünsche und Bedürfnisse nicht allein der deutschen und russischen, sondern aller Nationen; wir wollen nun fragen, wie solchen Bedürfnissen von unserer bisherigen Rigaschen Communal-Verwaltung der Rigaschen Einwohnerschaft gegenüber entsprochen worden ist. —

Zur Genüge ist auch durch die unwiderlegten Broschüren wohl allgemein bekannt, wie das Land um Riga gleichsam wüste erhalten wird, und daher unter anderen Nachtheilen auch die Erzeugung von Lebensmitteln so weit beschränkt ist, daß die wichtigsten sogar in der Residenz St. Petersburg oft billiger als in Riga zu haben sind. —

Die Besteuerung betreffend wissen namentlich unsere Hausbesitzer, wie schwer es wird, nahe 800,000 Rubl. S. jährlich herbeizuschaffen — NB. ungerechnet das Gas- und Wasserwerk, Theater, Gildengebäude u. — also ein Ausgaben-Etat, welcher unter die Hälfte zu ermäßigen sein dürfte, wenn man sogar die reiche Residenz St. Petersburg als Maß für unsere Provinzialstadt annehmen wollte, die bei einer siebenmal größeren Bevölkerung für alle Ausgaben, miteingerechnet der Quartierlast 2,567,000 R. S. jährlich, also etwa nur $3\frac{1}{4}$ mal mehr aufzubringen hat, siehe Rigasche Zeitung vom 19/31. October 1864, No. 243, über das Budget pro 1865.

Angeführtes ist aber nur dann möglich, wenn Justiz, Verwaltung, Präsidirung fast aller wichtigen Commissionen, Institutionen, wie Vergebung der „sogenannten Lehnposten“, Beamtestellen u. u., nur einer kleinen Corporation von kaum 20 Gliedern, nämlich dem Rigaschen Rath aufgebürdet sind, welcher außer diesen zeitraubenden Arbeiten noch seine Meinungsverschiedenheiten resp. eigenen Interessen gegen die beiden Gilden durch ein Schiedsgericht entscheiden lassen kann.

Dies sind nun Verhältnisse, welche jetzt allgemein als unhaltbar anerkannt sind, und durch eine Reorganisation der Rigaschen Gemeinde=Verfassung abgeschafft werden sollen.

Beprützen wir nun die Grundzüge zur neuen Gemeinde=Verfassung, so finden wir unter Andern die Bürgerschaft fast nur allein im Rechte ihre Deligirten zu wählen, ohne verlangen zu dürfen, von derselben ihre etwaigen Wünsche und Bedürfnisse vertreten zu sehen. — Die aus dieser Wahl hervorgehende Aeltestenbank wählt die 15 Glieder des Rathes auf Lebenszeit, oder nach anderer Meinung auf 25 Jahre, was fast dasselbe bedeutet. Dieser hat das Recht bei Vacanzen aus 3 Proponirten den ihnen Passendsten aufzunehmen nach § 28, und besetzt ein solcher constituirter Rath alle die unter § 35 angeführten Verwaltungen, Inspectionen, Behörden und Deligationen, wie das Präsidium der 9 unter § 34 erwähnten Aemter.

Es erscheint demnach, daß diese 15 Rathsherren mit den hauptsächlichsten bisherigen Functionen, wenn auch unter neuer Form und Benennung wieder betraut werden sollen, und wie herkömmlich auch als erster und höchster Stand ihre resp. Meinungsverschiedenheiten gegen die Interessen von über 70,000 Einwohnern geltend machen können, und zwar in einem stärkeren Grade als bisher den beiden Gilden gegenüber — also eine größere Machteinräumung gewährt werden solle; ein zweiter ist, die Ausschließung der Bürger von den Communal=Verwaltungen, die dann nur allein von den Rathsgliedern präsentirt und den Personen aus der Aeltestenbank als Collegen derselben besetzt werden dürfen. —

Demnach das neue Project noch mangelhafter und für die Gesamtbevölkerung noch nachtheiliger erscheint, als die bereits unpassend erkannte alte Gemeinde=Verfassung.

Dies wären also die von Manchen soviel gerühmten Grundzüge zur neuen Gemeinde=Verfassung, welche uns

dringend empfohlen wurden, aber schon durch das heftige Verlangen einer Annahme Mißtrauen erregten.

Wie soll also die Gemeinde-Verfassung sein, um dem Communal-, daher dem Wohle der Einwohnerschaft, zu entsprechen.

Hierfür finden wir Anhaltspunkte in den glücklich organisirten Gemeinde-Verwaltungen vieler ausländischer Staaten, welche, weil sie dem Wohl der Einwohnerschaft entsprechen, bereits auch in den größern russischen Städten, von denen wir schon jetzt die Communal-Deconomie lernen können, eingeführt sind. — Ferner in unserer baltischen Ritterschaft und ihrem Landrathsscollegium, bestehen solche Verhältnisse schon seit langer Zeit, ohne Streitigkeiten zwischen der Commune und ihrer Verwaltung — weil letztere eingesehen, daß die Commune, bei uns also die Bürgerschaft, nicht zum Besten des Verwaltungspersonals da ist, sondern diese nur einzig und allein deren Bedürfnisse und Angelegenheiten nach der empfangenen Ordre auszuführen haben, die Justiz aber, wie bei der Ritterschaft, das Landgericht, und in Appelation das Hofgericht als ganz abgesondert dastehen.

Dieses Recht der Communen ist auch von Sr. Kaiserlichen Majestät allergnädigst gestattet worden; warum sollten wir also dies Recht der Selbstverwaltung aufgeben? u. s. unter der Vormundschaft und der Gewalt eines Rathes stellen, von welchem wir eben nicht die besten Erfahrungen gesammelt haben. Es mögen aber immerhin die noch thatkräftigen ehrenwerthen Mitglieder des jetzigen Rath's zu den Communal-Verwaltungen oder den abgesonderten Stützbehörden gewählt werden.

Wenn nun diese Rechte der Bürgerschaft festgestellt sind, so ist der Charakter wie das Wesen derselben bestimmt, und es wären nur noch die Formen, und die Vertheilung der Communal-Arbeiten anzugeben.

Unter diesen wären die wichtigsten:

1) Die Zugehörigkeit zu der Bürgerschaft muß eine allgemeine auf Grund eines bestimmten Censur sein, um als eine obligatorische Vertretung der gesamten Einwohnerschaft und ihren Interessen auftreten zu können.

2) Weil Massenversammlungen für viele nur zeitraubende Formalitäten sind, und schwierig zu Beschlüssen gelangen — mögen solche Versammlungen nur zweimal jährlich, und zwar in Sectionen, in welcher Beschwerden und Vorschläge u. abgegeben werden, und die Wahlen, namentlich zu einem Ausschuß von etwa 120 Mitgliedern, genannt die Ältestenbank, stattzufinden haben.

3) Diese Ältestenbank, als Beschließende, ist verpflichtet, sämtliche Communal-Arbeiten so zu vertheilen, daß eine Persönlichkeit sich nur in einer Geschäftsbranche zu geriren habe, sei es im Steueramt, einer Inspection, oder sonstigen Verwaltung — und außerdem in jeder zwei von der Bürgerschaft zu wählende Bürger — als Beirath zu der Ausführenden Verwaltung, deren Secrétaire, Canzelisten und Fachmänner, die Gehalte beziehen, vorzugsweise aus der Bürgerschaft zu wählen sind.

4) Alle Verhandlungen geschehen öffentlich. — Bei jeder allgemeinen Bürgerversammlung, sind die Hauptbücher zur allgemeinen Ansicht auszulegen. Die Ältesten sind verpflichtet, etwa 5 Jahre in dieser Würde zu verbleiben.

Es ist selbstverständlich, daß hier keine specielle Angaben erfolgen können, demnach scheint nachgewiesen zu sein, daß die uns am 16. December vorgelegten Grundzüge, als für die Commune schädlich, zu verwerfen sind, und daher wünschenswerth sei, eine neue Commission zur Ausarbeitung einer neuen Communal-Ordnung zusammen zu berufen — von der wir über-

zeugt sein können, daß dieselbe nicht gegen das Wohl ihrer Mitbürger aufrete — nicht ihre auch vom Monarchen gestattete Rechte zu nehmen — und unter der Vormundschaft und Gewalt eines Rathes zu stellen suche.

Riga, den 23. December 1864.

G. E. Poenigkan.

RED Raamatukogu